

Änderungsantrag

der Abgeordneten Heidrun Bluhm, Roland Claus, Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Karin Binder, Eva Bulling-Schröter, Kerstin Kassner, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Dr. Kirsten Tackmann, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 18/2000, 18/2002, 18/2815, 18/2823, 18/2824, 18/2825 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2015
(Haushaltsgesetz 2015)**

hier: Einzelplan 16

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit**

Der Bundestag wolle beschließen:

In Kapitel 16 06 Wohnungswesen und Städtebau Titel 632 01 Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz wird der Titel um 460.800.000 Euro auf insgesamt 990.800.000 Euro aufgestockt.

Berlin, den 24. November 2014

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung

Der Zuschlag zu den Heizkosten im Wohngeld war zum 1. Januar 2011 gestrichen worden. Inzwischen sind die realen Heizkosten jedoch rasant angestiegen. Laut einer Stellungnahme der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege aus dem Jahr 2013 allein um 61 Prozent beim Heizöl. Wohnen wird zudem aufgrund steigender Mietpreise in den Ballungsräumen immer teurer. Das ist insbesondere für Menschen mit geringeren Einkommen ein großes Problem, das sie kaum mehr bewältigen können. Diese Entwicklungen beeinträchtigen am Ende in massiver Weise die Lebensqualität der Menschen und treiben die soziale Spaltung weiter voran.

Der Antrag basiert auf der Annahme, dass ca. 960.000 Haushalte Anspruch auf Wohngeld und somit auch auf die wiedereinzuführende Heizkostenpauschale von durchschnittlich 40 € monatlich haben. Der Titel soll mit drei Mio. Euro kontinuierlich in die kommenden Haushalte eingebaut werden.